Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3,40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 12 | Halver, Donnerstag, 15. Januar 1953 | 1953

Brentano in Straßburg:

Politische Gemeinschaft für alle!

Europäischer Verfassungsentwurf erläutert - England will abseits bleiben - SPD an den Diskussionen nicht beteiligt

dmt. Straßburg, 14. Januar

Die Sondersitzung der Beratenden Versammlung des Europarates wurde am Mittwochvormittag in Straßburg eröffnet. Dr. von Brentano als Vorsitzender des Verfassungsausschusses erläuterte die Richtlinien des Verfassungsentwurfes und erklärte: „Das Europa der Sechs wird weder gegen noch ohne die anderen gemacht. Die Politische Gemeinschaft steht den anderen Staaten Europas offen."

Der Entwurf des Verfassungsausschusses sehe zum ersten Male in der Geschichte des Kontinents eine übernationale demokratische Regierung für sechs europäische Staaten vor, erklärte Brentano. Der Exekutivrat, sozusagen die von einem gemeinsamen Zweikammer-Parlament gewählte Regierung, werde zunächst wirtschaftliche, verteidigungspolitische und auch bestimmte, noch festzulegende außenpolitische Machtbefugnisse erhalten. Die Struktur der Gemeinschaft werde so sein, daß sie ohne wesentliche Aenderungen die eines bundesstaatlichen oder staatenbündischen Gemeinwesens werden könne.

Brentano befaßte sich auch mit der Kritik an dem Aufbau der Europäischen Politischen Gemeinschaft und wies darauf hin, daß das von verschiedenen Seiten befürchtete Eindringen destruktiver Elemente in die Völkerkammer auf Grund der allgemeinen direkten Wahlen durch ein entsprechendes Wahlgesetz verhindert werden könne. Auch den Einwand, europäische Wahlen seien ohne europäische Parteien nicht möglich, ließ Brentano nicht gelten, sondern vertrat die Ansicht, daß sich die Parteien erst im Wahlkampf entwickeln würden.

In der Diskussion erklärte der britische Abgeordnete Lord Layton, wichtigstes Kennzeichen des Entwurfes sei sein praktischer Realismus. England werde sich bemühen, so enge Verbindungen zur EPG herzustellen, wie es seine anderen Pflichten erlauben. Hoffnungen, daß England und Skandinavien einmal der EPG beitreten würden, seien allerdings trügerisch.

Die SPD-Delegierten in Straßburg werden sich an der Debatte nicht beteiligen, weil nach ihrer Ansicht die gesamte Verfassungsarbeit der EPG-Sonderversammlung auf einem Vorgriff auf Artikel 38 des noch nicht ratifizierten EVG-Vertrages beruht. Die damit verbundene Anerkennung des EVG-Vertrages könne die SPD nicht billigen.

De Gasperi stellt Vertrauensfrage

dmt. Rom, 14. Januar

Im Anschluß an einen überraschend einberufenen außerordentlichen Ministerrat stellte der italienische Regierungschef de Gasperi am Mittwochnachmittag in der Abgeordnetenkammer die Vertrauensfrage im Zusammenhang mit den von ihm vorgeschlagenen Wahlreformen.

Heute neue Verhandlungen im Bergbau

Unternehmer erfüllen weitgehend die Gewerkschaftsforderungen

dmt. Essen, 14. Januar

Die Sozialpartner des Ruhrbergbaus treten am Donnerstag in Essen zusammen, um über die von den Gewerkschaften geforderte Verkürzung der Schichtzeiten auf siebeneinhalb Stunden zu verhandeln. Die Verhandlungen sind vorverlegt worden, weil die Gewerkschaften angekündigt hatten, daß sie ab 19. Januar streiken würden, wenn bis dahin keine Einigung erzielt worden sei. Unterrichtete Kreise lassen verlauten, daß die von den Unternehmern gemachten Vorschläge bereits weitgehend die Gewerkschaftsforderungen erfüllten.

Die Situation ist insofern schwierig, als die Gewerkschaftsleitung durch die Delegierten-Konferenz verpflichtet wurde, die Schichtzeitverkürzung notfalls mit Hilfe des Streiks durchzusetzen. Die Stimmung unter den Bergleuten soll allgemein einen Streik befürworten. So bleibt dem Vorstand der IG Bergbau wenig Möglichkeit zu einem Kompromiß. Während die Zechenleitungen behaupten, die wegfallende halbe Stunde ließe täglich 30 000 Tonnen Kohle ungefördert und 30 Prozent der Leistungsreserve der Bergleute unausgenutzt, führen die Gewerkschaften an, daß neben verbesserter Wohnraumzuteilung nur eine Arbeitsverkürzung den Bergmannsberuf wieder zu einem lohnenden Beruf für die Jugend mache, und daß die Kohlenförderung auf die Dauer nur durch mehr und sozial besser gestellte Bergleute gehoben werden könne.

Lebenslänglich Zuchthaus für Bensmüller

Das Urteil im Prozeß um die Bluttat von Ockfen

dmt. Rastatt, 15. Januar

Im Prozeß um die Bluttat von Ockfen wurde vom französischen Gericht in Rastatt am Mittwochabend gegen 23 Uhr vor überfülltem Zuhörersaal das Urteil gesprochen: Der Hauptangeklagte, der Schlachter Martin Bensmüller, wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Urteile für die Mitangeklagten lauten: Peter Hausen 2 Jahre Gefängnis, Martin Bensmüller jun. 2 Jahre Fürsorgeerziehung und Matthias Wagner 8 Monate Gefängnis. Die Verteidiger werden wahrscheinlich beim französischen Gericht in Rastatt Berufung einlegen.

Das Gericht stellte als erwiesen hin, daß bei dem blutigen Zwischenfall in der kleinen Winzergemeinde Ockfen in der Nacht zum 30. November, bei dem der französische Kanonier Dubois von Bensmüller einen tödlichen Stich mit dem Schlachtermesser erhielt, die französischen Soldaten zwar angeheitert, aber nicht betrunken gewesen seien und den Streit nicht provoziert hätten. Bensmüller sei, als er den Franzosen erstochen habe, nicht bedroht gewesen, denn, wie er selbst zugegeben habe, habe Dubois in dem Augenblick mit herabhängenden Armen vor ihm gestanden. Der französische Oberstaatsanwalt hatte den Hauptangeklagten des vorsätzlichen Mordes beschuldigt und die Todesstrafe gegen ihn beantragt.

Die Verteidiger wiesen den Vorwurf einer vorsätzlichen Handlungsweise zurück. Der französische Rechtsanwalt Krähling bezeichnete den Zwischenfall als eine gewöhnliche Wirtshausschlägerei, von der jetzt niemand mehr wisse, was eigentlich passiert sei. Die Angeklagten nahmen das Urteil ruhig entgegen.

Zeitungsflieger abgestürzt

dmt. Stockholm, 14. Januar

Auf dem Flugplatz Jönköpping stürzte ein Zeitungsflieger, der mit einer zweimotorigen Maschine Abendzeitungen von Stockholm in verschiedene schwedische Städte brachte, ab. Der Pilot und ein Fluggast wurden getötet. Bei dem Fluggast handelt es sich um den Piloten des Königs von Yemen, der einen halbjährigen Urlaub in Schweden verbrachte.

Tito wurde Staatspräsident Jugoslawiens

Halsbrecherisches Experiment: Verwaltung wird dezentralisiert

dmt. Belgrad, 14. Januar

Die jugoslawische Nationalversammlung wählte am Mittwoch Marschall Tito zum neuen Staatspräsidenten Jugoslawiens. Die Wahl Titos wurde mit 568 Stimmen gegen eine vollzogen. Der Marschall wird damit seine bisherigen Funktionen als Ministerpräsident und Präsident des Präsidiums der Nationalversammlung in anderer Form weiter ausüben. Er bleibt zugleich Oberbefehlshaber der Wehrmacht.

Nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses wurde Tito vom Präsidenten der Skuptschina, Vidmar, der Versammlung vorgeführt, die in minutenlange Tito-Rufe ausbrach. Auch vor dem Gebäude der Volksvertretung war eine große Anzahl von Menschen zusammengeströmt, die bei der Nachricht von Titos Wahl in gewaltigen Jubel ausbrach. Tito leistete den Eid auf die Verfassung, während Geschütze der Garnison 21 Salven Salut schossen.

Der 60jährige Marschall steht damit auf dem Höhepunkt seiner Macht. Die neue Verfassung, die für ihn das Präsidentenamt schuf, macht ihn zum Oberhaupt der Legislative und Exekutive. Statt eines Kabinetts steht ihm ein Exekutivrat zur Seite, der aus 30 bis 45 Mitgliedern besteht, die von den beiden Kammern gewählt werden. Die Regierungsgeschäfte werden von Staatssekretären wahrgenommen. Die neue Verfassung sieht übrigens eine weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden vor, die von dem Gemeinderat und dem neuen Produzentenrat gelenkt werden. Die Gemeinden haben auch an den Einkünften der verstaatlichten Betriebe Anteil, können besondere Gemeindesteuern erheben, Richter und Beamte einsetzen und das Schulwesen in eigener Regie verwalten.

Tito hat mit dieser Verfassung den halsbrecherischen Versuch unternommen, in einem Land von geringem Bildungsstandard und keinerlei demokratischen Traditionen eine weitgehende Dezentralisierung der Verwaltung durchzuführen.

Schlagende Wetter: 15 Tote

dmt. Brüssel, 15. Januar

Bei einem schweren Unglück in einer belgischen Zeche in der Provinz Hennegau kamen am Mittwoch 15 Bergleute — darunter 8 Italiener — durch schlagende Wetter ums Leben. 8 Bergleute sollen sich noch im Schacht befinden. 13 Arbeiter wurden verletzt.

Frankreich besteht auf Zusatzprotokolle

Auch die Saarfrage bleibt mit EVG-Vertrag gekoppelt

dmt. Paris, 14. Januar

Der französische Ministerpräsident Mayer erklärte am Mittwoch vor dem britisch-amerikanischen Presseclub in Paris, die französische Regierung werde der Nationalversammlung den EVG-Vertrag zur Ratifizierung zuleiten und gleichzeitig Verhandlungen über Zusatzprotokolle für diesen Vertrag aufnehmen. Der französische Ministerrat beschloß, diese Zusatzprotokolle sofort von einem Ministerausschuß ausarbeiten zu lassen. Da die Rolle des Saarlandes in der EVG im Vertrag nicht festgelegt sei, sagte Mayer weiter, sei es notwendig, eine endgültige Entscheidung über den Status der Saar zu treffen. Er nehme an, daß Bundeskanzler Adenauer diese Auffassung teilte.

Der französische Ministerpräsident erklärte in seiner Rede, diejenigen Abschnitte des EVG-Vertrages müßten revidiert werden, die unklar seien oder „überflüssige Hindernisse" für den Fall darstellten, daß Frankreich seine Truppen in seinen Kolonien einsetzen müsse. Mayer deutete an, daß die Ratifizierung des EVG-Vertrages für Frankreich leichter sein würde, wenn Großbritannien seine Haltung zum Vertrag ändere.

Ferner stellte der Ministerpräsident fest, die Verteidigung Europas könne nur gewährleistet werden, wenn sie auf der atlantischen Gemeinschaft beruhe. Wenn sie wirksam sein solle, müsse sie jedoch soweitöstlichwiemöglich erfolgen. Er bezeichnete es unter diesen Voraussetzungen als „unvorstellbar", daß Deutschland nicht aufgefordert werden sollte, seinen Beitrag zur europäischen Verteidigung zu leisten. Die französische Oeffentlichkeit werde nicht so sehr durch den Grundsatz als die Art des militärischen Beitrages Deutschlands gespalten. Es gebe viele Franzosen, die die Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages anerkennen, aber Befürchtungen gegen einen Vertrag hegten, „dessen Bestimmungen das große Publikum nicht kennt und begreift". Das beste Mittel, diese unbegründeten Befürchtungen zu zerstreuen, sei, „auf unfruchtbare Auseinandersetzungen über abstrakte Begriffe zu verzichten und mit der ernsthaften Prüfung der Vertragstexte zu beginnen".

Der französische Ministerrat beschloß am Mittwoch, mit den anderen Signatarstaaten des EVG-Vertrages Verhandlungen über Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag einzuleiten und die Gesetzentwürfe gleichzeitig von den Ausschüssen der Nationalversammlung prüfen zu lassen.

Eintrübung im Besatzungswetter

Es liegt wohl im Wesen einer jeden Besatzung, daß sie sich selbst unaufhörlich aufbläht. Da sind ja nicht nur tatsächliche und vordringliche Aufgaben, die wohl oder übel gelöst werden müssen, nein, da gibt es noch so unendlich Vieles, was sich bei einiger Geschicklichkeit als unbedingt notwendig darstellen läßt. Kein Wunder, wenn dann Posten und Pöstchen wie Pilze aus der Erde schießen, mit denen nicht gerade Ueberarbeitung verbunden zu sein pflegt, und ein allgemeiner run zum gelobten Land des Unterlegenen einsetzt. Vor allem spielt Geld keine Rolle, weil ja der Besiegte bezahlen muß.

Wie gesagt, das ist seit den alten Babyloniern wohl immer schon so gewesen und es wäre durchaus ungerecht, die alliierten Besatzungsmächte von heute als die Erfinder dieses sich selbst regenerierenden Systems eines behaglichen Lebens hinzustellen. Aber auch die sonnigsten Tage gehen einmal zu Ende. Seit dem Klimawechsel in Amerika sagen die politischen Meteorologen für die Besatzungsangehörigen in Deutschland Eintrübung voraus. Die schönen Tage von Heidelberg und Garmisch werden für so manchen bald vorüber sein wie einst die von Aranjuez.

Wie schön sie immerhin waren, hat jetzt der Senator Johnston als Leiter einer Untersuchungskommission nach einer Inspektionsreise durch Europa recht schonungslos enthüllt. Da gibt es in den auswärtigen amerikanischen Dienststellen — und nicht nur in Deutschland — Stenotypistinnen, die einschließlich „Wohnungs- und Lebensunterhaltszulage" 500 Dollar im Monat verdienen, das sind rund 2100 DM. Wer will es ihnen verübeln, wenn sie ihr eigenes Dienstmädchen hielten? Und wenn manche ihrer Chefs in teuren Apartements oder Häusern wohnten und vier Bedienstete hatten einschließlich Hausmädchen, Koch und Kellermeister? Und wenn andere sich eine Freundin zulegten und mit dieser als „Sekretärin" von Dienststelle zu Dienststelle, von Land zu Land durch Europa zogen?

Nicht einer von denen, so heißt es, mit denen die Kommission gesprochen habe, habe auch nur den geringsten Wunsch geäußert, nach den USA zurückzukehren, oder auch nur versucht, sein Entzücken über das ihm zuteil gewordene Glück zu verbergen. Um so geringer wird allerdings das Entzücken sein, wenn demnächst die republikanische Heckenschere in das wuchernde Grün der Auslandsbürokratie fährt. Von den 250 000 im Ausland Angestellten, so schlägt Johnston vor, sollte die Hälfte entlassen werden. Auch in Deutschland wird sich das bemerkbar machen.

Wie höhere amerikanische Beamte jüngst feststellten, hätten sich schon verschiedene Sekretäre und Sekretärinnen beklagt, daß ihre Kreuzworträtsel und „comics" nicht ausreichten, um den lieben langen Arbeitstag totzuschlagen. Im nächsten Fiskaljahr könnte deshalb getrost noch einmal auf 25—50 Prozent des Personalbestandes verzichtet werden, ohne daß die Effektiv-Leistung der Besatzungsmacht als solcher dadurch beeinträchtigt würde. So werden auch hier die Dinge allmählich wieder ins Gleichgewicht kommen, wobei es nur natürlich ist, daß das, was den einen als Eintrübung, den anderen als Aufheiterung am politischen Horizont erscheinen muß.

S. T.

In letzter Minute

Der Politische Ausschuß der Araber-Liga beriet am Mittwoch im ägyptischen Außenministerium den angedrohten Wirtschaftsboykott der Bundesrepublik für den Fall, daß das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen vom Bundestag ratifiziert wird. Der Ausschuß, der unter Vorsitz des ägyptischen Außenministers Fauzi tagte, beschloß, am Donnerstag eine zweite Arbeitssitzung über das gleiche Thema abzuhalten.

Der Oberkommandierende der Atlantikpakt-Streitkräfte, General Ridgway, wird heute in Frankfurt eintreffen, wo er Besprechungen mit General Handy führen wird.

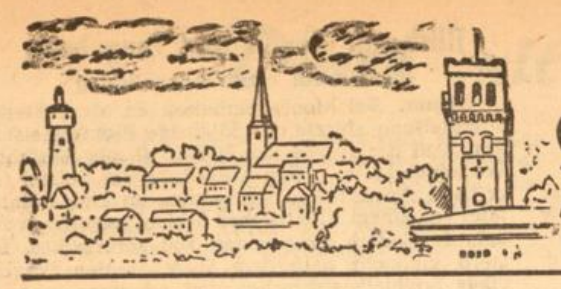
Ein Taifun, der am Dienstagabend die Insel Madagaskar heimsuchte, hat schwere Schäden angerichtet. Nach bisherigen Berichten wurden 12 Personen getötet und 9 verletzt.

Bei Buenos Aires ereignete sich ein Zugunglück, über das infolge einer sofort verhängten Nachrichtensperre sich widersprechende Meldungen vorliegen. Zwei Personenzüge stießen aufeinander. Die ersten Berichte über das Zugunglück sprachen von hohen Menschenverlusten.

Eine neue Spionage-Affäre steht in den USA vor der Aufdeckung. Der District-Gerichtshof von Columbia hat bereits Anklage erhoben, doch wird über ihren Inhalt vor Festnahme der Verdächtigen nichts bekanntgegeben.

Der schwedische Dampfer „Gullo" (300 t) ist in der Nähe der schwedischen Küste auf das Wrack des deutschen Schlachtschiffes „Gneisenau" gelaufen und gesunken. Die Mannschaft der „Gullo" wurde geborgen.

Der „Mussolini-Befreier" und Waffen-SS-Führer Skorzeny ist am Dienstag von Madrid aus in Kairo eingetroffen.



Seite der Heimat



Halver, den 15. Januar 1953

Vom rechten Winterwandern

Auf das matschige Wetter um die Weihnachtszeit folgen wenigstens jetzt noch eisige Luftstreifen, die das Atmen zur Freude machen und die Grippegefahr bannen. An solchen klaren Wintertagen, die uns namentlich der Januar beschert, wenn weiße Sterne lautlos taumeln und der Wald verhüllt ist in Eis und Schnee, treibt es nicht nur unsere Jugend hinaus mit Skiern und Schlittschuhen, sondern alles, was noch nicht ganz zum Stubenhocker geworden ist, folgt diesem Zug der Zeit, wenn das Wochenende uns einen freien, frohen Tag gibt. Viele Menschen haben sich eine Woche „Winterurlaub" aufgespart. Sehr viele Hausfrauen fahren auf acht bis zehn Tage in die „Winterferien", um sich einmal tüchtig durchpusten zu lassen und durch Berge und Schnee zu wandern. Schauen und Wandern . . . Man lernt es allmählich immer mehr da draußen in der kristallklaren Winterluft, die die Augen glänzend und die Wangen rot macht.

Das rechte Winterwandern sollte uns nach den Jahren der Qual und seelischen Abspannung wieder zur erholsamen Gewohnheit werden. Lernt sehen und schauen, gerade jetzt im Winter! Ihr werdet Entdeckungen machen, die anderen niemals offenbar werden. Der winterliche Wald, das beschneite Feld, sie alle enthalten so viele Geheimnisse, wenn man die Kunst des rechten Verweilens beherrscht und ein „unbescholtenes, freies Auge" hat, wie Gottfried Keller es so schön sagt.

Recht wandern aber kann nur der, der Augen hat zum Sehen! Sehen und sehen ist nämlich ein großer Unterschied. Erzieht eure Augen wieder zum rechten Sehen und lernt die volle Hingabe an die Natur, um wieder begreifen zu können, wieviel Schönheit, Gesundheit und Kraftquellen im rechten Winterwandern verborgen sind! **Herold**

Halver

Erste Einsendungen sind da

Wie unseren Lesern durch die Veröffentlichung vom vergangenen Samstag bekannt ist, läuft gegenwärtig in Verbindung mit der Heimatzeitung ein Preisausschreiben des Halverschen Aero-Clubs. Es geht um den treffendsten Namen für das neue Halversche Segelflugzeug, den „Bergfalken". Die ersten Einsendungen mit Vorschlägen für die Namensgebung sind bereits eingetroffen. Einsendeschluß ist der 31. Januar.

Eine Mahnung an die Hundehalter

In letzter Zeit mehren sich, wie die Kreispolizei-Dienststelle in Altena mitteilt, wieder die Klagen, daß in den Wäldern fast zu jeder Tageszeit Hunde aller Rassen frei umherlaufend angetroffen werden. Begleitpersonen sind in den seltensten Fällen zu beobachten. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß an einigen Stellen wieder Wild von Hunden gerissen worden ist, so daß mit dem Verenden der Tiere gerechnet werden muß. Da jedoch der Wildbestand in unseren Wäldern schon durch Krankheiten sehr zurückgegangen ist, wird er wohl bald restlos ausgerottet sein, wenn die letzten Tiere noch durch die Hunde gejagt und gerissen werden.

Alle Hundehalter werden daher ernstlich gebeten, ihre Hunde nicht ohne Aufsicht herumlaufen zu lassen. Sollten jedoch in Zukunft Hunde frei in den Waldgebieten angetroffen werden, so kann damit gerechnet werden, daß diese durch die Jagdberechtigten usw. abgeschossen werden.

Jung-SGV will rodeln

Am kommenden Sonnabend will sich die Jugendgruppe unseres heimischen SGV zum Rodeln treffen.

Ennepe

Turner treffen sich zur Beratung

Der Turnverein Ennepe 1926 hält am Samstag seine diesjährige Jahreshauptversammlung bei Lüttringhaus ab. Da wichtige Fragen zur Debatte stehen, wird zahlreiche Beteiligung erwartet.

Es wird mit dem 1. April 1953 gültig

Was bringt das Bundesjagdgesetz der Landwirtschaft?

Das Sauerland und die neuen jagdrechtlichen Bestimmungen — Die Regelung von Schadensfällen

Halver. Mit dem 1. April 1953 löst das inzwischen verkündete Bundesjagdgesetz das alte Reichsjagdgesetz ab. Auch für die Landwirtschaft als den überwiegenden Inhaber des Jagdrechts ergeben sich daraus verschiedene Aenderungen gegenüber dem bisherigen Recht.

Das Jagdrecht ist untrennbar mit dem Eigentum an Grund und Boden verbunden und steht dem Eigentümer zu. Die Ausübung des Jagdrechtes darf jedoch nur in Jagdbezirken ausgeübt werden. Hier unterscheidet das Gesetz Eigenjagdbezirke und gemeinschaftliche Jagdbezirke. Eigenjagdbezirke werden gebildet durch zusammenhängende Grundflächen mit einer land-, forst- oder fischwirtschaftlich nutzbaren Fläche von 75 ha an, die im Eigentum ein und derselben Person oder einer Personengemeinschaft stehen.

Im Sauerland überwiegen die gemeinschaftlichen Jagdbezirke. Alle Grundflächen einer Gemeinde oder abgesonderten Gemarkung bilden einen solchen, wenn sie im Zusammenhang mindestens 150 ha umfassen. Die Länder können die Mindestgröße allgemein oder für bestimmte Gebiete höher festsetzen. Eine Teilung gemeinschaftlicher Jagdbezirke kann zugelassen werden, sofern jeder Teil die Mindestgröße von 300 ha hat. Die Ausübung des Jagdrechtes steht der Jagdgenossenschaft zu.

Die Jagdgenossenschaft wird von den Eigentümern der Grundflächen, die zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk gehören, gebildet. Es gehören nicht dazu die Eigentümer von Grundstücken, auf denen die Jagd nicht ausgeübt werden darf, z. B. dort, wo die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit gestört oder das Leben von Menschen gefährdet wird.

Der Jagdvorstand wird von der Jagdgenossenschaft gewählt und vertritt diese gerichtlich und außergerichtlich. Solange der Vorstand nicht gewählt ist, werden die Geschäfte wie bisher vom Gemeindevorstand wahrgenommen. Beschlüsse bedürfen der Mehrheit der anwesenden Jagdgenossen, die zugleich die Mehrheit der Grundflächen noch vertreten müssen. Hier tritt also eine wesentliche Aenderung gegenüber der bisherigen Regelung ein, wonach der Bürgermeister zugleich Jagdvorsteher war.

Die Verpachtung der Jagd

Die Jagd kann von der Jagdgenossenschaft verpachtet werden, wobei sie die Verpachtung auf den Kreis der Jagdgenossen beschränken kann. Sie kann auch die Jagd für eigene Rechnung durch angestellte Jäger ausüben oder mit Zustimmung der Behörde ruhen lassen. Von Bedeutung ist, daß die Jagdgenossenschaft über die Verwendung des Reinertrages der Jagdnutzung (Jagdpacht) zu beschließen hat. Beschließt die Jagdgenossenschaft, den Ertrag nicht an die Jagdgenossen nach dem Verhältnis des Flächeninhaltes ihrer beteiligten Grundstücke zu verteilen, so kann jeder Jagdgenosse, der dem Beschluß nicht zugestimmt hat, binnen zwei Wochen nach Beschlußfassung die Auszahlung seines Anteiles verlangen.

Der Jagdpacht-Vertrag ist schriftlich abzuschließen. Die Pachtdauer soll möglichst neun Jahre betragen. Den Ländern ist die Festsetzung längerer Jagdpachtzeiten überlassen. Beginn und Ende des Pachtjahres soll mit dem 1. April und dem 31. März zusammenfallen. Der Jagdpachtvertrag ist der zuständigen Behörde anzuzeigen, die ihn innerhalb von drei Wochen beanstanden oder bestimmte Aenderungen fordern kann. Der Jagdpachtvertrag erlischt, wenn dem Pächter der Jagdschein entzogen oder nicht wieder erteilt wird. In diesem Falle hat der Pächter dem Verpächter den aus der Beendigung des Pachtvertrages entstandenen Schaden zu ersetzen, wenn ihn ein Verschulden trifft.

Wenn Wild- und Jagdschaden entstanden ist

Die Regelung des Wild- und Jagdschadens ist wohl die den Landwirt am meisten interessierende Frage, denn wenn er Mühe, Arbeit und Kosten des Ackerbaues auf sich genommen hat und die heranreifende Ernte plötzlich durch Rudel von Wildschweinen vernichtet sieht, so ist seine Jahresarbeit umsonst gewesen und sein Anspruch auf Schadenersatz berechtigt. Der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte eines Grundstückes ist ebenso wie der Jagdausübungsberechtigte befugt, das Wild von den Grundstücken fernzuhalten. Dabei darf jedoch der Jagdpächter das Grundstück nicht beschädigen und der Eigentümer das Wild weder gefährden noch verletzen. Ferner kann die zuständige Behörde anordnen, daß der Jagdausübungsberechtigte den Wildbestand zu verringern hat, wenn dies mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl, insbesondere auf die Interessen der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft notwendig ist. Kommt der Jagdausübungsberechtigte einer solchen Anordnung nicht nach, kann die zuständige Behörde für dessen Rechnung den Wildbestand verringern lassen.

Entsteht auf einem Grundstück ein Wildschaden, insbesondere durch Schalenwild, so hat die Jagdgenossenschaft den Schaden zu ersetzen. Der aus der Genossenschaftskasse geleistete Ersatz ist von den einzelnen Jagdgenossen nach dem Verhältnis des Flächeninhalts ihrer beteiligten Grundstücke zu tragen. In der Regel übernimmt der Jagdpächter in dem Jagdpachtvertrag den Ersatz des Wildschadens. Kann der Geschädigte von dem Pächter einen Ersatz nicht erlangen, so bleibt die Jagdgenossenschaft weiter ersatzpflichtig.

Im allgemeinen ist der Wildschaden in dem Umfange zu ersetzen, wie er sich zur Zeit der Ernte durch Minderertrag auswirkt. Tritt der Schaden jedoch zeitig ein, etwa im Frühjahr, so ist bei der Feststellung der Schadenshöhe zu berücksichtigen, ob der Schaden im Rahmen einer ordentlichen Wirtschaft durch Neusaat oder Wiederanbau im gleichen Wirtschaftsjahr ausgeglichen werden kann.

Ein Anspruch

auf Ersatz des Wildschadens tritt nicht ein, wenn der Geschädigte die vom Jagdausübungsberechtigten zur Abwehr von Wildschäden getroffenen Maßnahmen unwirksam macht. Dagegen haftet der Jagdausübungsberechtigte dem Grundstückseigentümer für jeden aus mißbräuchlicher Jagdausübung durch ihn selbst, seine Beauftragten oder seine Gäste entstandenen Schäden. Er hat die berechtigten Interessen des Eigentümers zu beachten. besäte Felder und nicht gemähte Wiesen tunlichst zu schonen. Treibjagd auf Feldern, die mit reifender Halm- oder Samenfrucht bestanden sind, ist verboten.

Der Eigentümer hat den Wildschaden binnen einer Woche, nachdem er von dem Schaden Kenntnis erhalten hat oder bei gehöriger Sorgfalt hätte erhalten können, bei seiner zuständigen Behörde — das ist zur Zeit der Bürgermeister oder das Amt — anzumelden. Nach dieser Frist erlischt der Anspruch.

Forstwirtschaftliche Schäden

brauchen nur zweimal im Jahr, jeweils bis zum 1. Mai oder 1. Oktober bei der zuständigen Be-

Halvers Spielmannszug jetzt mit Vereinscharakter

Jahreshauptversammlung wurde abgehalten — Wahl des Vorstandes

Nach einer mehrwöchigen Ruhepause trafen sich die Kameraden des Halverschen Spielmannszuges, um ihre Jahreshauptversammlung abzuhalten. Der Leiter des jetzt zwei Jahre bestehenden Tambourkorps, Otto Kleinjung, eröffnete die Versammlung.

Nachdem Walter Koziolek den Jahresbericht erstattet hatte, gab Otto Kleinjung den Kassenbericht. Anschließend schritt man zur Wahl des neuen Vorstandes. Dieser setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender und Leiter des Tambourkorps Paul Grüterich, Geschäftsführer und Kassierer Otto Kleinjung, Schriftführer Walter Koziolek.

Der Spielmannszug, der bisher der Freiwilligen Feuerwehr angeschlossen war, hat jetzt Vereinscharakter und fungiert als selbständig. Die Mitgliedssperre, die bisher bestanden hatte, wurde aufgehoben. Interessenten, die Lust und Liebe zum Trommler- und Pfeiferkorps haben, können sich beim Leiter melden.

Mit Stolz kann der Halversche Spielmannszug auf die Leistungen zurückblicken, die er im vergangenen Jahre anläßlich des Wettstreites in Plettenberg-Kückelheim unter schwerster Konkurrenz erreichte. Nach einigen internen Besprechungen wurde die Versammlung vom Leiter des Tambourkorps beendet.

Junger Rönsahler Verein mit guten Erfolgen

Jahreshauptversammlung des MGV Rönsahl 1952 — Kappenfest am 7. Februar

Im Lokal Vormann fand die diesjährige Jahreshauptversammlung des Männergesangvereins statt. Der 2. Vorsitzende begrüßte zu Beginn die Anwesenden und bedankte sich bei allen aktiven und passiven Sangesbrüdern für die tatkräftige Mitarbeit im vergangenen Jahre. Sodann wurde der Jahresbericht verlesen.

Hiernach fanden im vergangenen Jahre mehrere Konzerte und ein Freundschaftssingen in Kierspe statt. Dabei konnte der noch junge Rönsahler Verein gute Erfolge erzielen. Es sei aber auch nicht vergessen, daß in hohem Maße dem Chordirigenten Bert Nennstiel aus Lüdenscheid diese Erfolge zu verdanken sind. Nach dem Verlesen des Kassenberichtes wurde zur Wahl des 2. Vorsitzenden, des 2. Kassierers und des 2. Schriftführers geschritten. Als 2. Vorsitzender wurde A. Raspe, als 2. Kassierer A. v. Hofe und als 2. Schriftführer J. Becker namhaft gemacht.

Auf Punkt 6 der Tagesordnung stand die Besprechung des Jahresplans für 1953. Nach einer bewegten Aussprache wurde beschlossen, am Samstag, dem 7. Februar, ein Kappenfest zu veranstalten. Weitere Festangelegenheiten wurden auf einen späteren Termin vertagt.

Anschließend fand noch eine rege Aussprache unter den Vereinsmitgliedern statt.

Nicht gestreut, weil keine Mittel vorhanden

Das nimmt sich das Landes-Straßenbauamt heraus

Mit Recht erhitzen sich die Gemüter all der Kraftfahrer, die in diesen Tagen und Wochen die Provinzialstraßen innerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Landesstraßenbauamtes Hagen befahren müssen. Zu diesen Straßen gehören auch die um Halver, im Volme- und Lennetal. Sie werden nicht mehr gestreut, weil nach Angabe des Landesstraßenbauamtes keine Mittel dafür vorhanden sind.

Kurz entschlossen wurden an allen möglichen Punkten Schilder, wie im Bilde gezeigt, aufgestellt. Ob man denn ernsthaft glaubt, damit wäre alles getan? Die Unterhaltspflichtigen von Straßen sind verpflichtet, die Fahrbahnen „in einem verkehrssicheren Zustand zu halten, d. h. bei Glatteis zu streuen. Nach dem neuen und einfachen Verfahren hat man das also nicht mehr nötig, so glaubt man wenigstens. Um die vielen Kraftfahrer aber kümmert man sich nicht. Sie können zusehen, wie sie auf den nun schon seit Wochen vereisten Straßen fertig werden, was natürlich schon zu vielen Unfällen geführt hat.

Wie wäre es, wenn die Kraftfahrer ähnlich antworteten und auf die ihnen zugestellten Steuerzettel schreiben würden „Kein Geld — zahle nicht"?



(Foto: Schulte)

Glörfeld

Bauer Robert Hülsmann, Glörfeld, kann morgen auf die Vollendung seines 79. Lebensjahres zurückblicken. Wir reihen uns in den Kreis der Gratulanten ein!

Halverscher Bilderbogen

Was kam dort von der Höh'?

Mancherlei Segen kommt von oben. Man kann ihn direkt klassifizieren und rubrizieren. So mannigfaltig ist er, wenn man es richtig bedenkt. Man möchte ihn direkt als ein gefundenes Fressen für ebenso gewissenhafte wie eingefleischte Statistiker bezeichnen. Wunderschöne Tabellen und schematische Uebersichten müßten solche eigentlich zu diesem Thema erstellen können.

Wahre Prachtstücke könnte ich mir — als Nichtfachmann — dabei vorstellen. Etwa mit den Oberrubriken: a) in Friedenszeiten und b) in unfreundlichen Zeitläuften. Dazu kämen alsdann jeweils als Unter-unterrubriken: 1. in flüssiger oder gefrorener Form und 2. solche fester oder harter Natur. Auch gibt es dann wieder bildschöne Unterteilungen, die sich zu umfangreichen Lebensaufgaben entwickeln lassen.

So weit sehr schön und gut. Aber da gibt es Dinge, Dinge, liebe Freunde, sage ich euch, die in kein Schema passen. Wie überhaupt das Leben immer wieder Purzelbäume schlägt — sehr zum Leidwesen aller wahren Statistik-Strategen, die ab und zu plötzlich bemerken, daß besagtes Leben es nicht so will, wie besagte Statistik es mit ihm vorhat.

Seit kurzem jedenfalls erscheint mir das so leichthin sich anbietende Schema vom Segen von oben gar nicht mehr so leicht aufzustellen. Und ich bin es wieder einmal zufrieden, daß ich kein Statistiker geworden bin. Denn was täte ich mit dem folgenden Fall, den das Leben ihm hier im schönen Halver urplötzlich vor die Füße, jawohl, direkt vor die Füße geworfen hat.

Sie kennen das Runde Eck? Sie kennen auch die heimatliche Witterung mit dem mannigfachen Segen friedlicher Art, der uns hier so oft und so freigebig von oben kommt? Nun also. Es war an einem der letzten frühen Morgen am Runden Eck. Einer unserer Mitbürger ging seines Weges, wie man es so morgens tut, wenn man auf dem Wege zur Arbeitsstätte ist, die einem die Frühstücksbrötchen garantiert und möglichst noch einiges mehr.

Keineswegs wäre er überrascht gewesen, wenn es geregnet oder auch gegossen hätte. Wenn es sogar Katzen und Hunde geregnet hätte — wie die Bewohner jener Insel jenseits des Englischen oder Aermelkanals von ihrer Witterung zu behaupten belieben. Oder wenn es geschneit oder gegraupelt hätte, daß selbst der zur Zeit noch nicht vorhanden seiende Schneepflug, der uns Halveranern in schwelgerischer Vorfreude nächtens im Traum erscheint — bestellt ist er ja auf alle Fälle! — resigniert das Rennen aufgegeben hätte Das alles könnte einen alten Halveraner gleich jenem bekannten und beliebten Seemann nicht erschüttern.

Rums — ging es um die Kurve am Runden Eck. Und rums — kam etwas von oben, das sich in keine der bisher bekannten Rubriken einordnen ließ. Etwas Großes, Unheimliches senkte, was sage ich, schoß von oben herab auf unseren Mitbürger. Und schon schlug es ihm flügelgleich um die Ohren, daß ihm nicht nur das Hören, sondern auch das Sehen verging. Dazu erscholl eine — himmlische? — Stimme: „Moment, ich hole es gleich wieder herauf". So war es denn auch. Ein unversehens bei der räumlichen Morgentoilette flügge gewordenes — Verzeihung — Nachthemd trat seinen Weg wieder nach oben an. Was man von sonstigem Segen von oben meist nicht sagen kann.

Nun frage ich mich nur: In welche Rubrik gehört jetzt in solchem Falle ein — nochmals Verzeihung — Nachthemd? Stattstisch gesehen.

Dr. Weg-

Unversichert auf schwankenden Ruinen

„Wilde" Abbruchunternehmer gefährden die Sicherheit - Innenminister fordert scharfe Maßnahmen

Köln. In der Innenstadt von Köln hat sich um die Mittagsstunde eine Menschenmenge angesammelt. Alle Köpfe recken sich in die Höhe. Dort oben in 15 m Höhe turnt ein junger Mann herum und schwingt eine Spitzhacke gegen die schwankende Fassade eines ausgebrannten Mietshauses. Auch der Mauervorsprung, auf dem der junge Mann hockt, zeigt große Risse. Polternd stürzen Steine und Zementbrocken in die Tiefe. Weißer Staub wirbelt auf und verhüllt für kurze Zeit den Mann mit der Spitzhacke. „Donnerwetter, der hat Mut", hört man in der Menge auf der Straße. Da — ein vielstimmiger Schrei. Der Mauervorsprung hat sich gelöst und stürzt in die Tiefe, den Abbrucharbeiter mit sich reißend.

Sofort kommt Polizei zur Unfallstelle. Bald erscheint ein Krankenwagen und bringt den jungen Mann, der wie ein Wunder noch am Leben ist, in das nächste Krankenhaus. Ein Bein ist mehrfach gebrochen, einige Rippen sind gequetscht und die Haut zeigt üble Schürfwunden. Mehrere Wochen Krankenhausaufenthalt sind sicher.

Bald erhebt sich aber die Frage, w e r für diesen Schaden eigentlich aufkommt. Der Unternehmer nämlich, der den Abbruch durchführen ließ, arbeitete „wild", das heißt, er war gar nicht offiziell konzessioniert. Er zahlte auch weder Lohnsteuer, noch Haft- oder Unfallversicherung und hatte alle bei ihm beschäftigten Personen auch nicht in einer Krankenkasse angemeldet. Dadurch konnte jener Unternehmer den Abbruch viel billiger vornehmen als die Konkurrenz, die alle Abgaben pünktlich zahlte. Schließlich wurde der Hausbesitzer, der die Ruine durch einen fachunkundigen Unternehmer einreißen ließ und dadurch indirekt den Unfall verschuldete, veranlaßt, für alle Kosten des Unfalls aufzukommen. Der „wilde" Abbruchunternehmer aber mußte sein Gewerbe sofort einstellen.

In den letzten Monaten sind in Nordrhein-Westfalen nach Feststellung des Deutschen Verbandes der Abbruchbetriebe in zunehmendem Maße Unfälle durch „wilde" Unternehmer verschuldet worden. Meist sind es Berufsfremde, die die Konjunktur der verstärkten Nachfrage nach Abbruchunternehmen sowie die Gewerbefreiheit für diesen Beruf ausnutzen und ein eigenes Geschäft aufmachen. Da jedoch hierdurch in vielen Fällen nicht nur die Sicherheit der bei diesen „wilden" Abbruchbetrieben beschäftigten Personen, sondern darüber hinaus auch unzählige Straßenpassanten bedroht sind, hat der Innenminister von Nordrhein-Westfalen eine strenge Ueberprüfung der Abbruchstellen durch die Polizei angeordnet.

So konnte man in den letzten Wochen immer wieder Polizeibeamte beobachten, die überall, wo Häuser abgebrochen wurden, nach dem „Abbruchstein" frugen. Wer nicht im Besitze dieses von den städtischen Trümmerämtern nur an fachkundig bekannte Abbruchfirmen abgegebenen Scheines ist, muß die Arbeit sofort einstellen und wird obendrein noch bestraft. Auch der Ruinenbesitzer, der „wilde" Unternehmer mit dem Abbruch beauftragt, wird dafür verantwortlich gemacht. Es hat sich nämlich in vielen Fällen gezeigt, daß durch die Arbeit der „wilden" Unternehmen nicht selten neue Gefahrenherde für die Straßenbenutzer entstanden. In einigen Städten des Ruhrgebietes, an der Spitze Gelsenkirchen, konnte nunmehr auf dem Gebiet der Abbruchbetriebe Ordnung geschaffen werden. Dagegen herrschen nach Ansicht der Fachleute in Köln und in einigen Städten des Niederrheines noch sehr bedenkliche Zustände. Dort würden noch Hunderte von „wilden" Unternehmern Menschen in Gefahr bringen. Der Verband deutscher Abbruchbetriebe hat in Bonn gefordert, daß künftig nur noch derjenige ein Abbruchunternehmen gründen soll, der mindestens fünf Jahre lang in leitender Stellung eines Fachunternehmers beschäftigt gewesen war.

Virginiatabak . . . vom Rhein

C l e v e. Die rheinischen und westfälischen Tabakpflanzer haben sich in den letzten Monaten vergnügt die Hände gerieben. Die ersten Verteigerungen von Qualitätstabaken aus Nordrhein-Westfalen haben stattgefunden und überraschend gute Preise erzielt. „250 DM je Zentner Havannatabak aus der Klever Gegend wurde gezahlt", erzählt ein Tabakanbauer. In Westfalen kamen die künstlich getrockneten Virginiatabake auf durchschnittlich 212 DM je Zentner. Das ist ein schönes Stück Geld, wenn man bedenkt, daß es bei der Ernte 1951 nur knapp die Hälfte gegeben hatte. Dabei wurde 1952 weniger Tabak angebaut als in den übrigen Jahren — wegen der schlechten Preise! „1300 Zentner haben wir in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen geerntet", teilte Dr. Christopeit, der amtliche Tabakanbauberater des Landes mit. „Die außergewöhnlich hohen Preise sind die Folge der mehrwöchigen Dürre während des letzten Sommers in Süddeutschland, wo fast die gesamte Tabakernte auf den Feldern verdorrte."

Auch die Q u a l i t ä t der in Nordrhein-Westfalen gezogenen Tabake ist, wie die größte Rohtabakhandelsfirma des Bundesgebietes in Mannheim nach dem ersten Durchfermentieren der neuen Ernte feststellte, „e r s t k l a s s i g". Das sind frohe Botschaften für alle Raucher, die in den letzten Wochen wohl recht skeptisch die Beratungen im Bundesrat über das neue Tabaksteuergesetz verfolgten. Nach dem neuen, noch endgültig zu verabschiedenden Gesetz sollen nicht nur die „billige Zigarette", sondern auch Rauchtabak und einige Feinschnittsorten z w a n g s w e i s e m i t 5 0 P r o z e n t e i n h e i m i s c h e n T a b a k e n vermischt werden. So sehr die 160 Tabakanbauer in Nordrhein-Westfalen sich darüber freuen mögen, so denken die Raucher doch mit einigem Unbehagen an die „S i e d l e r s t o l z"-Zigaretten der jüngeren Vergangenheit zurück. Die Tabakpflanzer aber beruhigen bereits vorsorglich: „Wenn man den Tabak auf dem richtigen Boden anpflanzt, ihn richtig düngt und ständig pflegt, dann ist er fast genau so gut wie der ausländische Tabak.". — Und dann erfährt man

ein paar „Geheimregeln"

Tabak muß auf stickstoff- und chlorarmen Boden angepflanzt werden. Er darf nie mit scharfen Stoffen wie Schafsmist oder Jauche in Berührung kommen. Auch dürfen auf dem Feld nicht vorher Klee oder Erbsen angebaut worden sein. Das alles verdirbt das Aroma. In den Tabakfabriken dem Landes hilft man dann aber noch ein bißchen mit H o n i g s t a u b und P f l a u m e n d e s t i l l a t e n nach, um den „echten Virginiageschmack" herauszubekommen. Ob die gelben Virginia-Tabake der Gesundheit des Rauchers weniger zuträglich sind als die braunen Tabaksorten, ist ärztlicherseits noch nicht endgültig entschieden. Tatsache ist, daß in den gelben, noch nicht völlig getrockneten Blättern mehr Zucker und Eiweißstoffe enthalten sind; daß diese Blätter zwar schlechter brennen als die dunkelbraunen; daß sie aber um so besser schmecken. Allerdings ist der N i k o t i n g e h a l t der deutschen Virginiatabake g e r i n g e r als bei den Tabaken aus Uebersee. Unerreicht aber sind nach wie vor die Deckblätter für Zigarren aus Sumatra. „Das macht dort die fast ununterbrochene Sonneneinstrahlung und das subtropische Klima", wird einem gesagt.

Schon in diesem Jahr rechnen die westdeutschen Tabakanbauer mit einem großen Aufschwung des deutschen Tabakanbaus.

Die Marshallplangelder hören auf,

und die Bundesrepublik wird kaum noch so viel Devisen für Tabakimporte ausgeben können, meinen sie. Aber sie klagen auch: „Wir brauchen viele Arbeitskräfte, die aber immer schwerer zu bekommen sind." Aus Kleve, Wiedenbrück und Kaldenkirchen wanderten viele Tabakarbeiter in die Industrie ab. Man zahlte ihnen nämlich nur die gleichen Löhne wie den Landarbeitern. „Solange wir den Tabakanbau nur nebenbei betreiben und die Landarbeiter die Tabakfelder auch nur als eine von vielen Arbeiten betreuen, können wir keine höheren Löhne zahlen", bekommt man zu hören. Vielleicht, daß im Zuge der Ausweitung des deutschen Tabakanbaus der Tabakarbeiter ein besser bezahlter Fachberuf wird; wie dies in Amerika oder im Orient teilweise schon der Fall ist.

Wintersportreisen ins Ausland erleichtert

Für private Reisen nach den OEEC-Ländern, zu denen alle europäischen Länder mit Ausnahme von Spanien, Finnland und den Ostblockländern gehören, ist eine Reihe von Erleichterungen in Kraft gesetzt worden. Für Reisen zum Besuch von Wintersportplätzen in diesen Ländern im Winterhalbjahr 1952/53 ist der allgemeine Jahreshöchstbetrag von 500 auf 800 DM erhöht worden. Der Reisende benötigt keine besondere Devisengenehmigung, er kann den Währungsbetrag unmittelbar bei einer Außenhandelsbank erwerben. Die Reisenden müssen lediglich die schriftliche Erklärung abgeben, daß der Devisenbetrag für den Aufenthalt an einem Wintersportplatz eines OEEC-Landes bestimmt ist. Ein nachträglicher Verwendungsnachweis wird nicht mehr gefordert.

Der allgemeine Jahreshöchstbetrag von 500 DM und auch der erhöhte Jahresbetrag von 800 DM für eine einmalige Reise nach OEEC-Ländern kann außerdem angemessen erhöht werden, wenn der Reisende glaubhaft darlegt, daß er die erhöhten Beträge zur Deckung von Reiseausgaben benötigt. — Für Kinder unter 13 Jahren ermäßigen sich die Jahresbeträge auf die Hälfte.

Mercator.

D e r M i n i s t e r r a t d e r M o n t a n u n i o n wird am Donnerstag im Luxemburger Rathaus zusammentreten, um u. a. den zweiten Generalanwalt des Montan-Gerichtshofes zu designieren.

„Keine Verminderung der Wirtschaftshilfe!"

Trumans letzte Wirtschaftsbotschaft an den Kongreß

dmt. W a s h i n g t o n, 14. Januar

In einer l e t z t e n W i r t s c h a f t s b o t s c h a f t an den amerikanischen Kongreß warnte Präsident T r u m a n am Mittwoch davor, die wirtschaftliche und militärische Hilfe a n d a s A u s l a n d e i n z u s t e l l e n in der trügerischen Hoffnung, so den Wohlstand der Vereinigten Staaten zu erhöhen. Man müsse den wirtschaftlich rückständigen Ländern der freien Welt helfen, um den Frieden zu verteidigen. Die Vereinigten Staaten müßten importieren, um leben zu können. Sie müßten mit den anderen freien Ländern zusammenarbeiten und die Hindernisse beseitigen, die sich dem internationalen Handel entgegenstellten.

Als „viel verheißendes Beispiel" für solche Abkommen, die zur Erweiterung der Absatzmärkte führen, wird in dem Bericht die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bezeichnet. Wenn es den europäischen Staaten gelinge, eine ständig zunehmende Menge von Exportgütern zu wettbewerbsfähigen Preisen zu produzieren, dann werde das Problem ihrer Dollarknappheit an Gewicht verlieren. Die USA könnten durch handelspolitische Maßnahmen zur Erreichung des Zieles, nämlich dem Ende der amerikanischen Auslandshilfe, beitragen.

Truman sagte, die USA seien jetzt wirtschaftlich weit stärker als jemals zuvor. Das Sozialprodukt und die Industrieproduktion habe sich seit 1929 verdoppelt und die landwirtschaftliche Erzeugung um etwa 50 Prozent zugenommen. Daneben sei auch der Lebensstandard erhöht worden. Im Vergleich zu 1929 sei die Zahl der Autos von 23 Millionen auf 44 Millionen gestiegen. 96 Prozent aller Familien hätten einen Radioapparat gegenüber 40 Prozent von 1929; 80 Prozent hätten einen Eisschrank, 40 Prozent aller Familien hätten Fernsehgeräte und 55 Prozent ein Eigenheim.

Schäffer: Steuersenkung noch unsicher

dtf. M ü n c h e n, 14. Januar

Bei einem Besuch, den Bundesfinanzminister S c h ä f f e r am Mittwoch der CSU-Landtagsfraktion in München abstattete, überraschte seine Bemerkung, daß es im Augenblick noch keineswegs feststehe, ob die Einkommensteuer gesenkt werden könne.

Bekanntlich war bereits vor längerer Zeit behauptet worden, daß eine Steuersenkung in Höhe von einer Milliarde bevorstehe. Schäffer legte dar, daß die Erhöhung des Bundesanteils n u r a l s e i n T e i l s t ü c k innerhalb der Neuregelung der finanziellen Verhältnisse zwischen Bund und Ländern betrachtet und von der Senkung der Einkommensteuer und der Verteilung der Steuereingänge nicht getrennt werden könne.

Senkung der Fleischpreise beantragt

dmt. B o n n, 14. Januar

Abgeordnete der CDU und der Föderalistischen Union wollen dem Bundestag einen Antrag vorlegen und von der Regierung Maßnahmen zur Angleichung der Fleischpreise an die gesunkenen Viehpreise verlangen. Sie beziehen sich dabei auf Aeußerungen des Bundesernährungsministers Dr. N i k l a s, der ebenfalls bereits des öfteren kritisierte, daß dem Rückgang der Viehpreise um etwa 25 Prozent seit Mitte vorigen Jahres nur eine Senkung der Fleischpreise um knapp 4 Prozent gegenübersteht. Der Gewinn sei im Zwischenhandel steckengeblieben. Dieser volkswirtschaftlich unhaltbare Zustand soll durch die Angleichung der Preise nun endlich behoben werden.

Erste Pflicht: Trinkgelder

dmt. R o m, 14. Januar

Der einzige Deutsche unter den 24 neuernannten Kardinälen, Erzbischof W e n d e l von München, wird am kommenden Sonntag seine Titularkirche — jeder Kardinal ist Titularinhaber einer römischen Pfarrei — Santa Maria Nova am Rande des Forum Romanum in Besitz nehmen. Kardinal Wendel erklärte am Mittwoch in Rom, er hoffe, daß auch der nichtkatholische Bevölkerungsteil in Deutschland seine Erhebung zur Würde des Purpurs als eine Ehrung empfinde.

Die neuen Kardinäle haben unter ihren ersten Pflichten erhebliche finanzielle Ausgaben zu bestreiten. Allen voran steht die offizielle Trinkgeldliste, die sich auf etwa 1400 Mark beläuft. Vielfach übernehmen der Vatikan oder die Regierungen der Heimatländer diese Ausgaben. Die neuen Kardinäle haben dem gesamten bei ihrer Ernennung beteiligten Personal, angefangen bei den Ueberbringern der Ernennungsurkunde bis zu den Sänftenträgern des Papstes, ein Trinkgeld von genau vorgeschriebener Höhe zu überreichen.

D i e K a m p f g e m e i n s c h a f t S o z i a l i s t i s c h e J u g e n d in Frankfurt stellte im Zusammenhang mit den Vorwürfen gegen den Frankfurter Kriminalrat Ross fest, daß der frühere Kriminalsekretär Sczesny entgegen seinen Behauptungen von der SPD nicht als Mitglied geführt wird. Es sei erschreckend, daß die Behauptungen eines früheren SS-Obersturmführers ein Disziplinarverfahren gegen einen Polizeibeamten hervorrufe, der sich um die Sicherung der Demokratie gegen staatsgefährdende Elemente verdient gemacht habe.

D e r K o p f e i n e r S p h i n x wird in Zukunft auf den ägyptischen Briefmarken den Kopf Faruks ersetzen. Andere Briefmarken werden Ansichten aus dem Niltale darstellen. Die Kopfseite der Geldmünzen werden das Bild eines ägyptischen Herrschers darstellen, das Bild der bekannten Königin Nefertiti.

D a s S P D - V o r s t a n d s m i t g l i e d H e i n e lehnte am Mittwoch den Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Schröder zur Lösung der Saarfrage ab. Wer wie Schröder eine Volksabstimmung der Bewohner des Saargebietes als eine Lösung empfehle, verfälsche völlig den Sinn des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Das Saargebiet sei ein Teilgebiet Deutschlands und über künftige staatliche Zugehörigkeit eines solchen Teilgebietes habe das ganze Volk und nicht nur der dort ansässige Bevölkerungsanteil zu entscheiden.

Wetterbericht

Mäßige Nachtfröste

Das ruhige Hochdruckwetter hält vorläufig noch an. — Das Wetter von Donnerstag: Nach Auflösung örtlicher Frühnebel tagsüber heiter bis wolkig und trocken. Mittagstemperaturen nahe null Grad, nachts mäßiger Frost. Schwache südliche Winde. Weitere Aussichten: Vorerst keine Aenderung.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver/Westf., Kirchstraße 5, Fernruf Halver 442. Verlagsleitung: Werner Bell; Hauptschriftleitung: Karl A. F. Günther; Lokale Schriftleitung: Dr. Wolfram M. Wegener; Anzeigenleitung Ernst Höngen. Postverlagsort: Halver i. Westf. Erscheint werktäglich. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder im Falle von höherer Gewalt und Streik besteht kein Entschädigungsanspruch. Abbestellungen nur bis zum 20. j. M. schriftlich beim Verlag.

Einmaliges Sonderangebot

in Hausrat, Porzellan, Glas und Keramik

Besichtigen Sie bitte meine Schaufenster, und Sie staunen über die niedrigen Preise.

Ein Besuch lohnt sich.

Ernst Bergmann, Halver

Frankfurter- Ecke Thomasstraße · Telefon 510

Presto-Lohnabzugs-Tabelle

Gesamttabelle für Nordrhein-Westfalen gültig ab 1. Januar 1953

DM 2.80

Presto-Lohn- und Kirchensteuer-Jahresausgleich 1952

DM 1.50

WILH. BELL JR., HALVER i. W.

Chlorodont

für die Zähne so wichtig wie die Seife zum Waschen

Zwangsversteigerung

Freitag, den 16. Januar 1953, vormittags 10 Uhr, versteigere ich in Halver öffentlich meistbietend gegen Barzahlung:

2 Exzenterpressen (Ruhrmann Velbert) je 12–15 Tonnen. Treffpunkt der Bieter Gasthaus Mödler, Marktstraße 5.

Im Auftrage der Amtskasse Halver Vollstreckungsbehörde

Bergmann
Vollziehungs-Beamter

Bekennt Euch zur Heimat
werbt für die Heimatzeitung!

Pinckenbeck

Meine Goldschmiede liefert Maßarbeit. Bei jeder Neuarbeit oder Umarbeitung werden Sie stets mit dem Goldschmied verhandeln, der Ihre Sache bearbeitet. Sie können sich jeden Tag vom Fortgang dieser Arbeit überzeugen, die ich im eigenen Hause ausführe.

Dortmund · Westenhellweg 45

Achtung! Achtung!

Rohwollumtausch und Verkauf

von Ia Kammgarnstrickgarnen zu Sonderpreisen

am Samstag, dem 15. Jan. 1953

13–14 Uhr **Buschhausen,** Gasthof Werthmann,

14–17 Uhr **Halver,** Gasthof Mödler »Unter den Linden«

17.30–19 Uhr **Ehringhausen,** Gasthof Hüttebräucker

19–20 Uhr **Anschlag,** Gasthof Bürger

Wollgroßhandlung
HORST RICHTER, HUCKESWAGEN

Junges
Mädchen
sofort

Bäcker- und Konditorlehrling
zu Ostern gesucht.

Bäckerei und Konditorei
Fr. Suhre
Halver, Hagener Straße 7

Waschmaschine

mit Wassermotor billig zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers Halver.

Junge
Kontoristin

zum mögl. sofortigen Eintritt gesucht.

Bewerbungen unter Nr. 927 an Allgemeiner Anzeiger.





IN ALLEN APOTH. u. DROGERIEN

8 kg in 30 Tagen abgenommen durch Bisco-Zitron-Schlankheits-Kur. Keine Hungerdiät! Angenehm! . . . und bei Darmträgheit: Bisco-Zitronetten! In Apotheken und Drogerien vorrätig! Stets in:

Drogerie Adolf Craemer

Leistungsecke

der Fa.
Joh. Chr. Herdepe Söhne
HALVER · Telefon 160

Tauchsieder

1000 Watt
1 Jahr Garantie DM **7.50**